

Schöfen, große Hütten- und Walzwerke, eine hochentwickelte Metallindustrie, Lokomotivfabriken, eine beschleunigte Automobilindustrie, eine sehr leistungsfähige Leder-, Holz- und Möbelindustrie, ein auf dem Weltmarkt sehr geschätztes Kunst- und Luxusgewerbe. Aber die bewegende Kraft der Industrie, der Schlüssel der Produktion, die Kohle, mangelt dem Lande. Der durchschnittliche Tagesbedarf Österreichs an Kohle beträgt 48 000 Tonnen; samt der minderwertigen und kleinen Eigenproduktion verfügt das Land aber nur über 28 000 Tonnen täglich, die zu wachsenden Preisen eingeschleift werden müssen. Daher ist die Industrie gehemmt. Die Eisenindustrie erhält nur 35 Prozent, die Lederindustrie nur 25 Prozent, die Papierindustrie nur 23 Prozent, die chemische Industrie nur 15 Prozent, die Textilindustrie nur 12 Prozent ihres Bedarfs. Das größte Unternehmen Österreichs, die Alpine Montanengesellschaft, benötigt 5000 Waggons Kohle im Monat; sie erhält jedoch nur durchschnittlich 1250 Waggons aus dem Ausland geliefert. So vermag die österreichische Industrie nur zu einem Drittel des Friedensumsatzes zu arbeiten, also nur ein Drittel jener Werte zu erzeugen, die sie vor dem Krieg erzeugt hatte. Aber selbst die Volkproduktion Deutschösterreichs war schon vor dem Kriege nicht hinreichend, um den Lebensbedarf der Bevölkerung zu decken. Das Wirtschaftsdefizit wurde gedeckt durch die Revenuen, die vor allem Wien als der Finanzer, Bankier, Kaufmann, Exporteur, Bureaukrat und Literat der Gesamtmonarchie bezog. Jedes, diese Quellen des Reichtums sind seit dem Zerfall des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes verfallen, und so wächst das deutschösterreichische Handelsdefizit ins Unermessliche. Der Tiefstand der österreichischen Krone auf dem neutralen Weltmarkt zeigt die Tragweite der wirtschaftlichen Zustände des Landes. Aber in dem Maße sich die österreichische Krone entwertet, verteuern sich alle Waren, Lebensmittel und Rohstoffe, die Österreich aus dem Ausland einführen muß, wächst das Staatsdefizit, schwelt die Masse der laufenden Banknoten an. Das Exposé des Finanzministers berichtet von einem Defizit von 25 Milliarden Kronen, das Exposé des Ernährungsministers von einer Summe von 26 Milliarden Kronen, die der Staat auf die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel jährlich auszugeben muß. Gleichzeitig schwelt die Teuerung in rasendem Tempo an. Ein Laib Brot, der im Jahre 1914 32 Heller gekostet hatte, verursacht heute Getreidekosten von 47 Kronen 40 Hellern. Der Staat, der ihn zum Preise von 4 Kronen an die Bevölkerung verkauft, zahlt bei jedem Laib Brot 41 Kronen 40 Heller darauf; das Kilogramm Weizen, das vor dem Kriege 44 Heller gekostet hatte, verursacht jetzt Getreidekosten von rund 60 Kronen, somit der Verlust des Staates, der das Kilogramm Weizen um rund 11 Kronen an die Bevölkerung abgibt, für das Kilogramm 49 Kronen beträgt. Aber die Mengen, die der Staat der Bevölkerung garantiert, befriedigen den Lebensbedarf der Bevölkerung nicht. Für den „Schleisshandel“ sind auch in Österreich die Weltmarktpreise zu bezahlen. Aber trotz des ungeheuren Wachstums der Arbeiterschaft im Staate und in der Gesellschaft in den letzten zwei Jahren, war es ihr nicht möglich, die Löhne dem rasenden Tempo der emporschnellenden Preise anzupassen. Die Lebenslage der Arbeiter, Angestellten und Staatsbeamten ist schlechter denn je. Die Arbeiter müssen für alle nicht staatlich bewirtschafteten Güter Weltmarktpreise bezahlen und empfangen Löhne, die nur einen Bruchteil der Weltmarktpreise darstellen. Der Wochenlohn eines hochqualifizierten Arbeiters, der augenblicklich 1100 Kronen beträgt, entspricht, in Dollar umgerechnet, dem Tageslohn eines unqualifizierten Arbeiters Amerikas oder Englands. Konnte sich der Professionsist im Jahre 1914 um seinen durchschnittlichen Wochenlohn von 30 Kronen 120 Pfennig Milch kaufen, so heute mit einem Durchschnittslohn von 550 Kronen nur noch 61 Pfennig Milch; war sein früherer Lohn dem Preise von 18% Kilogramm Fleisch gleich, so ist sein heutiger Lohn nach amtlichen Warenpreisen (der in Wirklichkeit aber viel geringer als der tatsächliche Verkaufspreis ist) nur 7,06 Kilogramm Fleisch gleich. Die Wahrheit ist, daß sich die Arbeiter und Angestellten nicht genügend ernähren und heilseligen können und die Not unermesslich groß ist.

Die Folge dieser wirtschaftlichen Krise ist Massensterben und Dahinsinken der Arbeiterkinder, starker Geburtenrückgang, erschreckende Ausbreitung der Tuberkulose, zahlreiche Ernährungskrankheiten, Erkrankungen der Nervenorgane, Debermerkrankungen, Anämieerkrankungen; nichtige Erscheinungen des körperlichen Verfalls des Volkes. Während im Jahre 1918 die Sterbeshöhe für vier Monate 13,05 auf 100 Einwohner Wiens betrug, beläuft sie sich auf vier Monate des Jahres 1919 auf 23,0, also um 100 Prozent mehr; es sterben heute zweimal soviel Menschen in Österreich als im Jahre 1911! Im ersten Halbjahre 1918 starben an Tuberkulose 7480, im gleichen Zeitraum des Jahres 1919 aber 7717; jeder vierte Wiener stirbt an Tuberkulose! Rafft der Tod die doppelte Zahl an Menschen hinweg, so wächst dem Leben eine geringere Zahl an Neugeburt zu. Im Jahre 1911 wurden noch 41 080 Kinder in Wien geboren; im Jahre 1919 nur noch 19 070; weit weniger als die Hälfte! Der Tod vernichtet das Zweifache, dem Leben wächst nur die Hälfte an Menschen nach! Und welcher Jammer empfängt diese Kleinen! Von 87 000 Kindern, die für eine Million Wiener Kinder aufs Land ärztlich untersucht wurden, wiesen nur 4637 einen besorgniserregenden Gesundheitszustand auf. In der Kinderklinik wurde über das Gewicht der Kinder festgestellt:

	Knaben		Mädchen	
	1918	Sonst	1918	Sonst
1 Jahr . . . . .	6,6	10,2	6,6	9,7
2 Jahre . . . . .	10,6	14,7	10,1	14,2
3 Jahre . . . . .	15,7	20,6	15,3	19,9
4 Jahre . . . . .	21,2	27,5	20,0	26,0
5 Jahre . . . . .	28,5	35,0	28,0	32,0
6 Jahre . . . . .	20,8	45,0	—	—

Diese Zahlen sprechen eine erschütternde Sprache! Knaben von sechs Jahren mit einem Untergewicht von nahezu fünf Kilogramm, Knaben von zwölf Jahren mit einem Untergewicht von achtzehn Kilogramm, Lehrlinge von fünfzehn Jahren mit einem Untergewicht von fünfzehn Kilogramm! Sie sind eben rettungslos der Tuberkulose verfallen! Die Tuberkuloseerkrankungen häufen sich bei den Kindern vom 11. bis zum 20. Lebensjahre um 95 Prozent, bei den Jugendlichen vom 15. bis zum 20. Lebensjahre um 100 Prozent! So steht und stirbt ein Volk dahin und geht unrettbar seinem wüsten Untergang entgegen, wenn ihm nicht rasche Hilfe wird. Deutschösterreich kann nicht leben. Der deutschösterreichische Arbeiter kann seine Bevölkerung nicht ernähren. Die Rohstoffe des Landes können die Hände seiner Industriearbeiterschaft nicht beschäftigen, Deutschösterreich ist ein unmögliches Staatsgebilde. Es gibt Schicksal nur eine Rettung und eine Lösung des deutsch-

österreichischen Problems und dieser ist der Anschluß an das deutsche Reich. Wir Österreicher wissen, daß die Verschmelzung mit Deutschland die unsäglichste Not nicht mit einem Schlage zu überwinden vermag. Aber während Österreich hoffnungslos verfallen muß, birgt das sechsdimensionenbürtige deutsche Volk seinen gewaltigen Hilfsquellen die unzerstörbare Kraft in sich, die Volkswirtschaft wieder aufzubauen und zu erneuern — zu erneuern in den Formen des Sozialismus.

Johannes Braunthal (Wien).  
Wien, 9. November. Bei einer Besprechung über die augenblicklich schwere finanzielle und Ernährungsfrage in Österreich zwischen dem Bundeskanzler Mader und den Vertretern der Großmächte, an der die ausländischen Ressortminister teilnahmen, erklärte der Bundeskanzler, die Regierung könne die Verantwortung für die Fortsetzung der Geschäfte in der gegenwärtig schweren Krise nur tragen, wenn von der Reparationskommission die beantragte Kredithilfe für Österreich rechtzeitig erfolge, und bei den Gelehrten, einen Appell auf Beschleunigung der Aktion an ihre Regierungen zu richten. Die Gelehrten erklärten sich bereit, ihre Regierungen zu unterstützen und das Ersuchen des Bundeskanzlers um Beschleunigung der Aktion ihnen zu übermitteln.

### Es wird weitergewürfelt.

Auf allen Gebieten wuchelt die gespenstische Regierung fort, bis eines schönen Tages die Geschichte nicht weiter geht und der Kladderadatsch da ist. Auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung steht er vor der Tür, weil die Regierung sich nicht bemüht, die Besoldungsordnung durchgreifend umzugestalten und schnell zu verabschieden, sondern mit allerlei Palliativmitteln sich aus der Klemme zu ziehen sucht. Die Beamten verlangen stürmisch, daß nun endlich ihrer unerträglichen Not abgeholfen werde, in der sich besonders die unteren Beamten befinden, und sie drohen mit dem Streik, wenn die Regierung nicht ernstlich Anstalten trifft, ihre Wünsche zu befriedigen. Statt nun aber diesem Verlangen nachzukommen, rückt die Regierung mit einem Streikverbot heraus und verschärft die Spannung noch. Diese Vorgänge haben zu einer Regierungskrise geführt, die noch nicht völlig beiläufig ist.

Weil die Preußenwahlen vor der Tür stehen, haben sich die Doutschnationalen Kleingeld dieses Stoffes zu Agitationszwecken bemächtigt, dieselbe Partei, die an dem Ende der Beamten Schuld ist. Sie stellt nun Entwürfe auf Erhöhung der Teuerungszulagen. Einer der Hauptschuldigen an der Notlage der Beamten, der frühere preussische Finanzminister Herzog, beklagt sie auch noch in der demagogisch abstoßendsten Weise. Es wurde ihm aber auf der Stelle durch Zurufe gebietet und sein ganzes Wahlmandat durchkreuzt.

Die Regierung freilich zeigte, daß sie sich von der Gnade der Doutschnationalen abhängig fühlt und verhandelte am Vortage mit den Doutschnationalen wegen der Zurückziehung oder Abänderung des Antrages. Indes ohne daß es zu einer Verständigung zwischen ihnen gekommen wäre.

Die Beamten wünschen eine Erhöhung der Teuerungszulage, weil die in der Besoldungsordnung vorgezeichneten Sätze längst nicht mehr ausreichen. Die Regierung will das nicht zugeben, sondern nur eine Erhöhung der Kinderzulagen. Noch in der Vortagsstimmung trat dann die Regierung mit einem neuen Vorschlag hervor, der aber auch keine Gnade fand. In der Hauptstimmung am Nachmittag wiederholte der Finanzminister diesen Vorschlag der Regierung, der darin besteht, den Beamten das jährliche Februargehalt schon vor Weihnachten auszugeben. Dieser Vorschlag löste nicht nur im Saal, sondern auch auf den Tribünen, auf denen sich zahlreiche Beamte eingefunden hatten, große Heiterkeit aus. Der Reichsfinanzminister gab seiner Verwunderung über die Aufnahme seines Vorschlags ganz seinen Ausdruck. Die Reichsregierung vertritt sich aber auch noch hinter die Finanzminister der Bundesstaaten. In mehreren Besprechungen, so führte der Reichsfinanzminister aus, hätten die Finanzminister der Freistaaten erklärt, die Länder und Gemeinden seien außerstande, diese Lasten noch zu tragen, sie würden den Zusammenbruch nur noch beschleunigen. Nur Heiterkeit erweckte der Reichsfinanzminister mit seinen Versicherungen, auch die Beamten verständen die Notlage des Reiches und verzichteten auf die weitergehenden Forderungen. Mit seiner Behauptung, daß besonders der preussische Finanzminister der Rechtssozialisten sich gegen diese weitgehenden Forderungen gewandt habe, rief er diesen auf den Plan, der sich nun in eigenartigen Versicherungen um die bestimmte Erklärung herumdrückte, ob er für oder gegen die Beamtenforderungen ist.

Unter Fraktionsredner, Genosse Breunig, blente dem Reichsfinanzminister, indem er auf die Rolle hinwies, die die bürgerlichen Parteien vor der Revolution den Beamten gegenüber gespielt haben. Die unerträgliche Notlage besteht nicht erst seit heute, sondern schon vor dem Kriege, so ist die ureigenste Schöpfung der bürgerlichen Parteien und des bürgerlichen Staates, und sie wird auch nicht innerhalb dieses Staates — wenigstens nicht für die unteren Beamten — beseitigt werden. Der Redner begründete dann den Antrag der Fraktion, von dem der Reichsfinanzminister behauptet hat, seine Durchführung würde das Reich 8 Milliarden kosten; in der Ausschussstimmung freilich habe der Regierungsvorredner die Summe auf 6 Milliarden angegeben. Die Regierung wolle also selbst nicht, wieviel die Durchführung des Antrages an Kosten erfordern würde. In energischer Weise bekämpfte unser Genosse das Streikverbot der Regierung.

Der mehrheitssozialistische Redner Steinkopf schilderte nicht nur die traurige Lage der Beamten, er zeigte auch die planlose Wirtschaft in der Bureaufraße auf, die besonders darin besteht, daß unzählige neue Stellen für höhere Beamte geschaffen werden, die völlig überflüssig sind und Unsummen erfordern. Der Reichsfinanzminister suchte vergeblich, diese sachgemäße Kritik zu entkräften.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, ebenso der Antrag der Doutschnationalen. Angenommen dagegen der Anschluß-Antrag und ein Antrag von Debus und Genossen. Sodann wurde in dritter Lesung die Gehaltsvorlage angenommen.

### Deutsche Noten an die Entente.

Berlin, 10. Dezember. (Z.M.) Dem Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrollkommission, General Nollet, ist gestern eine Note über die Entwaffnung und Auflösung der Selbst-

schußorganformationen übergeben worden. Die Note besagt, daß Deutschland eine völkerechtliche Verpflichtung zur Auflösung der Selbstschußorganformationen nicht militärischen Charakters niemals anerkannt habe. Auch aus dem Friedensvertrage könne eine Verpflichtung dazu nicht hergeleitet werden. Die Frage der Selbstschußorganformationen sei eine innere Angelegenheit. Die Selbstschußorganformationen seien eine vorübergehende Einrichtung für die Zeit außerordentlicher Umstände. Es liege im Interesse des Staates, dieses außerordentlichen Mittel sobald als möglich entschärflich zu machen. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren lasse die deutsche Regierung sich mit allen Mitteln anstrengen sein. Nach einigen Ausführungen über die Entwaffnungsaktion behandelte die Note eingehend die bayerischen besonderen Verhältnisse, wo zur Auflösung der Einwohnerwehren erst geschritten werden kann, wenn die Entwaffnung der staatsfeindlichen Elemente (!) durchgeführt sei. Auch in Ostpreußen sei mit einer „noetelligen“ Entwaffnung nicht zu rechnen, da die Bevölkerung durch die Rottschemlengefahr dauernd bedroht und in der Lage sein müsse, sich zu schützen. Am Schlusse spricht die Note das Vertrauen zu den alliierten Regierungen aus, daß sie sich den besonderen Verhältnissen nicht verschließen können. Am Anschluß an die Note wurden heute zwei weitere Noten an die Entente übergeben. Die eine bezieht sich mit dem Vorschlag von General Nollet auf die Entente in Sachen der Rheinlandkommission zum Ausdruck bringen, in der gewisse Forderungen in Bezug auf Ausdehnung deutscher Militärkommandos gestiftet werden. Die deutsche Regierung wird den Standpunkt vertreten, daß der Entwurf der Entente die Militärereignisse vorher anzumelden, in keiner Weise den Bestimmungen des Friedensvertrages entspricht.

Die Reichsregierung hat also Bayern auf die Gefahr hin, daß die Entente zu ersten Repressalien auf Kosten des Reiches greift, Bayerns bedenkliche Zugeständnisse gemacht. Daß die bayerischen Einwohnerwehren erst entwaffnet werden können, wenn die „staatsfeindlichen Elemente“ entwaffnet seien, ist natürlich nur ein besauerlicher Vorwand. Die bayerischen Organe wollen ihre Waffen überhaupt nicht abgeben, obgleich von einer Bewaffnung der republikanischen Volksteile überhaupt nicht mehr die Rede ist. Die Reichsregierung muß das auch wissen. Sie sieht den bayerischen Wandern zu, weil sie mit dem Ziel dieser Gegenrevolutionäre inhaftiert. Die Arbeiterschaft kann sich nur noch auf sich selbst verlassen.

### Wieder ein Waffenlager der Rechtspuisthiken angehoben!

Salle, 10. Dezember. In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurden auf dem Gute Trebitz bei Naumburg ein großes geheimes Waffenlager ausgehoben. Es bestand aus einem Felsenkeller in der Nähe der Rubelsburg, der sonst als Bierkeller benutzt wurde. In Waffenmaterial wurden vorgefunden: 381 Gewehre (Mod. 08), 6 Karabiner, 8 schwere und 10 leichte Maschinengewehre, mehrere Füllstände und Wasserfässer, 9 Erkalteile für Maschinengewehre, 2 leichte komplette Minenwerfer, 2 Fahrzeug aus Proben- und Rechenwagen für Minenwerfer bestehend, 5 Geschloßdepotolen, 40000 Schuß Gewehrmunition, teils neuere, teils alte verpackt. Alles war gut gereinigt und eingesetzt. Sämtliche Waffen wurden an Ort und Stelle sofort unbrauchbar gemacht.

Nach den bisherigen Feststellungen kann man als wahrscheinlich annehmen, daß das Waffenlager von Rechtspuisthiken angelegt wurde.

Halle a. S., Auf Anordnung des Reichskommissars für die Entwaffnung werden in nächster Zeit in verschiedenen Teilen Thüringens weitere Durchsuchungen veranstaltet werden, da man außer den entdeckten Waffenlagern bei Naumburg noch weitere Waffenlager in Thüringen vermutet. Und wann wird in Bayern nachgeforscht werden?

### Die Eisenbahner vor dem Streik?

Berlin, 10. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der Z.M.) Die Note Jahne veröffentlicht einen Aufruf, den der Deutsche Eisenbahnerverband in einer gestern tagenden Versammlung angenommen hat. Darin heißt es: „Die zahlreich versammelten Eisenbahner fordern den Hauptvorstand auf, mit aller Energie und Schärfe für sofortige Verbesserung ihres Einkommens bis zur Höhe des Existenzminimums einzutreten und den Kampf rücksichtslos mit allen Mitteln. Letzten Endes auch mit dem Streik zu führen. Geschlossen verpflichten wir uns, in den Streik, auch bei event. Streikverboten der Regierung, zu treten, wenn der Hauptvorstand uns ruft, und auf Streikunterstützung zu verzichten.“

Berlin, 10. Dezember. Die Berliner Blätter appellieren an die Einsicht der Beamten, daß sie bei der Stellungnahme zur Annahme der Regierungsvorlage im Reichstage es nicht zum Außerker kommen lassen werden. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, das, was den Beamten sehr bewilligt worden sei, sei tatsächlich das Höchstmögliche, was bei der heutigen Finanzlage des Staates habe bewilligt werden können.

Der Deutsche Beamtenbund tritt heute zu einer Sitzung zusammen, um zu der Annahme der Regierungsvorlage im Reichstage Stellung zu nehmen.

Berlin, 10. Dezember. Von unabhängiger Seite ist im Reichstage eine Interpellation eingebracht worden, die das Streikverbot des Reichspostministers als eine Verletzung des den Beamten durch die Reichsvorstellung verliehenen Koalitionsrechts bezeichnet.

### Rücktritt des französischen Kriegsministers?

Paris, 10. Dezember. (Z.M.) Der Kriegsminister Descares, der zur Kur in Vich war, ist gestern nach Paris zurückgekehrt, um, wie es heißt, um seine Entlassung zu bitten, da das Kabinett über seinen Kopf hinweg beschlossen hat, die neue Vorlage über die Entlassung des Jahrgangs 1920, welche einen Schritt weiter zur Herabsetzung der Dienstzeit auf 18 Monate bedeutet, am Dienstag der Kammer überreichte. Für heute ist in dieser Angelegenheit ein außerordentlicher Ministerrat angebergt worden.

### Zur Brüsseler Konferenz.

London, 10. Dezember. (Z.M.) Ueber die auf der Brüsseler Konferenz zu befolgende Arbeitsmethode verlaute hier, daß die Deutschen aufgefordert werden sollen, ihre Karten offen auf den Tisch zu legen. Sie sollen angeben, was sie zahlen werden und welche Vorschläge für die Zahlungswelle machen erstens für den Fall, daß Oberdeutschland bei Deutschland verbleibt, und zweitens für den Fall, daß Oberdeutschland bei der Volksabstimmung von Deutschland abgetrennt wird. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Konferenz auf Erjuden Deutschlands erst am 16. und nicht schon am 13. Dezember stattfinden werde.